Niederschrift

über die 9. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am Dienstag, den 14.06.2016, um 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Rathauses (1. Stock, Zi.Nr. 100), Urasstr. 22.

Anwesend:

Vorsitzender

Maschler, Norbert

Vertretung für Herrn 1. Bürgermeister Bisping

Ausschussmitglieder

Mayer, Christian

Horlamus, Alexander

Schweikert, Georg

Grand, Martin

Keller, Frank

Koch-Schächtele, Susanne

Pohl, Adolf

Tiedtke, Andreas Dr.

Herrmann, Karl-Heinz

Stellvertreter

Eryazici, Ahmet

Vertretung für Herrn Stadtrat Kern

Ittner, Frank

Vertretung für Frau Stadträtin Höpfel

Sopolidis, Nikos

Vertretung für Herrn Stadtrat Deuerlein

Weber, Manfred

Vertretung für Herrn Stadtrat Maschler

von der Verwaltung

Hammerlindl, Bernhard

Neidl, Elke

Nürnbergger, Annette

Schriftführerin

Sebald, Kerstin

Entschuldigt:

Vorsitzender

Bisping, Benedikt

entschuldigt

Ausschussmitglieder

Deuerlein, Rainer

berufliche Verhinderung

Meyer, Harald

Urlaub

Höpfel, Ruth

krank

Kern, Hans

Urlaub

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses, die Zuhörer, die Vertreter der Presse und die Mitglieder der Verwaltung zur 9. Sitzung in diesem Jahr. Die Einladung ist fristgerecht ergangen. Mit dem Inhalt der Tagesordnung besteht Einverständnis. Das Gremium ist beschlussfähig.

ÖFFENTLICH

1 Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 31.05.2016

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 31.05.2016 wird genehmigt.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

2 BV-Nr. 089/16 Bauantrag zum Neubau einer Doppelhaushälfte auf dem Grundstück FINr. 1727 Tfl. der Gemarkung Lauf, Albrecht Dürer-Str. 2c

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Doppelhaushälfte auf dem Grundstück FINr. 1727 Tfl. und zur notwendigen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 8 „Erbseboden“

- Überschreitung der östlichen Baugrenze um max. 6 m.

Das Baukonzept ist mit der Verwaltung abzustimmen.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

3 BV-Nr. 110/16 Bauantrag zum Ausbau des Dachbodens in eine Einzimmerwohnung auf dem Grundstück FINr. 599 der Gemarkung Lauf, Weigmannstr. 12

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zum Ausbau des Dachbodens in eine Einzimmerwohnung auf dem Grundstück FINr. 599 der Gemarkung Lauf, Weigmannstr. 12.

Das Landratsamt Nürnberger Land wird gebeten, den Stellplatznachweis und den Brandschutz zu überprüfen.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

4 BV-Nr. 108/16 Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung von zwei Wohnanlagen mit zehn Wohneinheiten mit Tiefgarage und Stellplätzen auf den Grundstücken FINr. 1455/6 und 1453/3 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 26

Herr Stadtrat Schweikert nimmt gem. Art. 49 GO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Stadtrat Ittner möchte wissen, ob es bei einer GFZ von 0,64 immer noch 10 Wohneinheiten wären und wie die Verwaltung die Auswirkungen auf den Verkehr einschätzt, da es in der Rudolfshofer Straße in den letzten Jahren zu einer enormen Nahverdichtung gekommen sei.

Frau Nürnberger antwortet, dass der Bebauungsplan keine Anzahl von Wohneinheiten festsetzt, sondern Baufenster. Wohneinheiten hängen natürlich von der Größe der Einheiten ab, man könne von einer GFZ nicht auf die Anzahl der Einheiten schließen. Aus Sicht der Verwaltung sei der Verkehr dort abwickelbar, sonst hätte man den Bebauungsplan nicht so beschließen dürfen.

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss versagt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung von zwei Wohnanlagen mit zehn Wohneinheiten auf den Grundstücken FINr. 1455/6 und 1453/3 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 26, sowie zur notwendigen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 6 „Eschenauer Straße – Nordring“

- GFZ 0,77 statt 0,6,

da die Grundzüge der Planung berührt sind.

Das gemeindliche Einvernehmen zu einer GFZ von max. 0,64 wird in Aussicht gestellt.

Abstimmung:

Ja: 13 Nein: 0

5 BV-Nr. 103/16 Anfrage zur Errichtung von 16 Wohneinheiten auf den Grundstücken FINr. 1489/5 und 1489/9 der Gemarkung Lauf, Hardtstr. 7

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern mit 16 Wohneinheiten auf den Grundstücken FINr. 1489/5 und 1489/9 der Gemarkung Lauf, Hardtstraße, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 15 „Siemensstraße – Kunigundenstraße“

- GRZ 0,28 statt 0,2
- GFZ 0,74 statt 0,4,

nicht in Aussicht, da die Grundzüge der Planung berührt sind.

Das gemeindliche Einvernehmen zu einer GRZ von max. 0,24 und einer GFZ von max. 0,44 wird in Aussicht gestellt.

Abstimmung:

Ja: 13 Nein: 1

6 BV-Nr. 102/16 Anfrage zur Errichtung eines Doppelhauses auf den Grundstücken FINr. 1426/1 und 1426/2 der Gemarkung Lauf, Galgenbühlstr. 23 und 25

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung eines Doppelhauses auf den Grundstücken FINr. 1426/1 und 1426/2 der Gemarkung Lauf, Galgenbühlstr. 23 und 25, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 6 „Eschenauer Straße – Nordring, Tektur 1“

- II+D bzw. III statt I+D

nicht in Aussicht, da die Grundzüge der Planung berührt werden.

Das gemeindliche Einvernehmen kann zur Bauweise I+D mit einem Kniestock von max. 1,80 m in Aussicht gestellt werden, wenn für beide Doppelhaushälften eine gemeinsame, profilgleiche Planung vorgelegt wird.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

7 BV-Nr. 085/16 Anfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück FINr. 691 der Gemarkung Veldershof, Nähe Aussiger Straße

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Doppelhaushälfte auf dem Grundstück FINr. 691, Aussiger Straße, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 37 „Rudolfshof“

- I+D (D = VG) statt I
 - GFZ max. 0,34 statt 0,3
 - Flachdach statt Satteldach 25°- 38°,
 - Kniestock 1,125 m statt 0,38 m
- in Aussicht.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

8 BV-Nr. 127/16 Anfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück FINr. 992/1 der Gemarkung Schönberg, Kohlstattstraße

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück FINr. 992/1 der Gemarkung Schönberg, Kohlstattstraße, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Am Schulhaus“

- Hauptgebäude ca. 3 m außerhalb der Baugrenze,
- östliche Garage außerhalb der dafür vorgesehenen Fläche

in Aussicht.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

9 BV-Nr. 126/16 Anfrage zur Errichtung einer Terrassenüberdachung auf dem Grundstück FINr. 453/12 der Gemarkung Heuchling, Tucherweg 17

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Terrassenüberdachung auf dem Grundstück FINr. 453/12 der Gemarkung Heuchling, Tucherweg 17, sowie zur notwendigen Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 50 „Tucherweg – Geuderstraße

- Terrassenüberdachung außerhalb der Baugrenze

in Aussicht, wenn die Unterschrift des betroffenen Nachbarn Tucherweg 19 vorgelegt wird.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

10 Tekturplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 "Eschenauer Straße - Nordring" Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1
-Durchführung der erneuten öffentlichen Auslegung und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
-Satzungsbeschluss

Frau Nürnberger trägt die Einwendungen der Rechtsanwälte Wiedemann, Dr. Bronnenmeyer, Dr. Zeug, Datzer aus Nürnberg und der Rechtsanwälte Graml & Kollegen aus Regensburg ausführlich vor und verweist auf die Stellungnahme des Landratsamtes vom 20.05.2016

und auf die Seiten 18 und 19 der Anlage 1 der Arbeitsunterlage zur BUS-Sitzung vom 19.04.2016, die als Tischvorlage verteilt wurden.

Im Anschluss sprechen sich die Mitglieder des Gremiums für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Stadtrat Mayer, sieht die massiven Einwendungen der Rechtsanwälte als Präventivmaßnahmen, weil man durch die Teilaufhebung des Bebauungsplans theoretisch eine noch massivere Bebauung dort stattfinden könnte. Sie wollen das auf jeden Fall für die Nachbarn verhindern und somit eventuell auch die Normenkontrolle anstreben würden. Dies sei aber für die Anwälte gut zu überlegen, weil es sollten sich auch alle klar machen, wenn es zu einem Normenkontrollverfahren kommen sollte, kann man in diesem Verfahren auch die maximal ausnutzbare Bebaubarkeit prüfen. Er habe die große Hoffnung, dass es durch den nächsten Tagesordnungspunkt in dem es um eine konkrete Bebauung geht, das ganze endgültig beschlossen wird. Er stelle auf jeden Fall aufgrund des folgenden Tagesordnungspunktes seine Zustimmung in Aussicht.

Herr Stadtrat Horlamus erkundigt sich, ob es rechtliche Voraussetzungen für einen Spielplatz gibt.

Frau Nürnberger erklärt, solange es keinen Geschosswohnungsbau gibt, sieht Baurecht nicht vor, dass Spielplätze geschaffen werden müssen. Das muss im Genehmigungsverfahren geklärt werden.

Herr Stadtrat Ittner fragt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass es zu einem Normenkontrollverfahren kommt. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Verkehrsbelastung im Zuge des neuen Bebauungskonzepts im Vergleich zum Altenheim einschätzbar sei.

Frau Nürnberger informiert, dass die Verkehrsbelastung im Rahmen des Gutachtens abgearbeitet sei. Die Verkehrsbelastung im Vergleich zum Altenheim wird höher sein. Im Bezug auf das Normenkontrollverfahren kann sie keine Einschätzung abgeben.

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der erneuten öffentliche Auslegung nach § 4 Abs. 3 BauGB Äußerungen zur Planung vorgebracht wurden von
 1. Rechtsanwälte Wiedemann, Dr. Bronnenmeyer, Dr. Zeug, Datzer, Nürnberg
 2. Rechtsanwälte Graml & Kollegen, RegensburgDie vorgebrachten Äußerungen werden zur Kenntnis genommen.
Auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zu den Äußerungen wird Bezug genommen. Die Stellungnahme ist dem Beschluss beigefügt.
Eine Änderung des Tekturplans Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 "Eschenauer Straße - Nordring" - Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 – ist bis auf geringfügige redaktionelle Änderungen in der Begründung nicht veranlasst.
2. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine Einwände vorgebracht wurden bzw. keine Äußerungen eingegangen sind von

Regierung von Mittelfranken – Höhere Landesplanungsbehörde, Ansbach
Planungsverband Industrieregion Mittelfranken, Nürnberg
Städt. Werke Lauf GmbH
GVL Gasversorgung Lauf GmbH
Deutsche Post Immobilienservice GmbH
Deutsche Telekom Technik GmbH

Vodafone Kabel Deutschland GmbH
Polizeiinspektion Lauf
DB Services Immobilien GmbH
Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Nürnberg, Außenstelle Hersbruck
Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, München
Landesamt für Denkmalpflege, Abt. für Vor- und Frühgeschichte, Nürnberg
Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Herrn Kreisbrandrat Norbert Thiel

Zu den bei der der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Äußerungen zur Planung wird festgestellt:

Landratsamt Nürnberger Land

Fachstelle für technische Aufgaben / Kreisbaumeisterin:

Der Punkt 2.2 1. Abs. wird zur Klarstellung wie folgt formuliert:

„Der damalige Anlass, Ziel und Zweck der Festsetzung Gemeinbedarfsfläche Altersheim war es, die Voraussetzungen für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit zur Errichtung und zum Betrieb eines Altersheimes zu schaffen. Die Festsetzung für den Gemeinbedarf Altersheim gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 Bundesbaugesetz erschien zum Zeitpunkt des Erlasses des Bebauungsplanes Nr. 6 sinnvoll, auch wenn in einem allgemeinen Wohngebiet Anlagen für soziale Zwecke nach der BauNVO 1968 grundsätzlich zulässig waren.“

Immissions- und Naturschutz: Die Stellungnahmen wurden mit Beschluss vom 19.04.2016 zur Kenntnis genommen. Bodenschutz:

Der Käufer des Grundstücks ist über den Inhalt des Bodengutachtens informiert. Auflagen hinsichtlich der Entsorgung des Bodenmaterials sind im Rahmen des Vorbescheid-Verfahrens bzw. im Baugenehmigungsverfahren zu treffen. Ein entsprechender Hinweis kann in die Begründung aufgenommen werden.

Wasserwirtschaftsamt Nürnberg

Die Stadt wird im Rahmen ihrer Stellungnahme zu Vorbescheids- oder Bauanträgen das Landratsamt auf die Hinweise und Auflagen des Wasserwirtschaftsamtes hinweisen, damit diese in die Genehmigungsbescheide aufgenommen werden können.

3. Der Tekturplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 "Eschenauer Straße - Nordring" - Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 –in der Fassung der letzten Änderung vom 16.06.2016 wird hiermit als Satzung nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt.

Der Textteil hat folgenden Wortlaut:

"Die Stadt Lauf a.d.Pegnitz erlässt auf Grund der §§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 9,10,13, 13a und 30 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, und des Art. 81 Abs. 2 der Bayer. Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. Seite 588) in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. Seite 796) folgende

S a t z u n g

für den Tekturplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 der Stadt Lauf a.d.Pegnitz
„Eschenauer Straße - Nordring“
- Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 durch Teilaufhebung -

§ 1

- (1) Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 6 der Stadt Lauf a.d.Pegnitz „Eschenauer Straße - Nordring“ einschließlich des Tekturplans Nr. 1 wird für den Geltungsbereich des Tekturplans Nr. 2 aufgehoben.
- (2) Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ergibt sich aus dem Plan vom 14.06.2016.

§ 2

Dieser Bebauungsplan tritt gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle früheren städtebaulichen Festsetzungen, welche diesem Bebauungsplan ent- oder widersprechen, außer Kraft."

4. Das Stadtbauamt wird beauftragt, den Bebauungsplan ortsüblich bekannt zu machen.

Die Stellungnahme des Landratsamtes vom 20.05.2016 und die Seiten 18 und 19 der Anlage 1 von der Arbeitsunterlage zur BUS-Sitzung vom 19.04.2016 sind der Niederschrift als Anlagen beigefügt.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

11 BV-Nr. 117/16 Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung von acht Einfamilienhäusern und 27 Reihenhäusern auf dem Areal Galgenbühl, Galgenbühlstraße

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Satzung zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 „Eschenauer Straße – Nordring“ das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung von acht Einzelhäusern und 27 Reihenhäusern und einer Grenzgaragenanlage mit 33 Garagen auf den Grundstücken FINr. 1391/82, 1391/83, 1428/5, 1428/14, 1428/16, 1428/17 und 1431/1 der Gemarkung Lauf, Galgenbühlstraße.

Folgende Fragen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu klären bzw. als Hinweis zu geben:

1. Zur Kampfmittelfreigabe sind bei Bodeneingriffen die Vorgaben der einschlägigen Richtlinien „Arbeitshilfe Kampfmittelräumung“ des Bundes zu beachten.
2. Die Ursache der erhöhten Phenolkonzentrationen, die Einzelparameter und die räumliche Ausdehnung sind im Zuge der weiteren Untergrunderkundungen zu klären.
3. Falls offene Bauwasserhaltungen notwendig werden, sind diese rechtzeitig vor Baubeginn beim Landratsamt Nürnberger Land zu beantragen.
4. Dauerhafte Grundwasserabsenkungen sind nicht zulässig. Tiefgaragen und Keller sind baulich gegen eventuell anstehendes Grundwasser zu schützen.
5. Die Beteiligung des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Nürnberg, Eilgutstr. 2, 90443 Nürnberg, ist vom Antragsteller gesondert zu veranlassen.

6. Der Nachweis eines erforderlichen Kinderspielplatzes ist im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.
7. Fragen des Brandschutzes sind ebenfalls im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.
8. Mit dem Bauantrag ist eine Entwässerungsplanung einschl. der Berechnung der Abflussmenge und des Rückhaltevolumens vorzulegen.
9. Seitens des Bauherrn ist zu prüfen, ob der Wendehammer hinsichtlich der Müllabfuhrfahrzeuge ausreichend dimensioniert ist.
10. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse müssen nachgewiesen und gewährleistet sein.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

**12 Gemeinde Rückersdorf - Bebauungsplan Nr. 8/2 für das Gebiet "Försterweg und östliche Eichenstraße"
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.8/2 für das Gebiet „Försterweg und östlich der Eichenstraße“ wird zur Kenntnis genommen.

Belange oder Planungen der Stadt Lauf a.d.Pegnitz werden von der Änderung nicht berührt. Einwendungen werden nicht erhoben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

**13 Gemeinde Rückersdorf - Bebauungsplan Nr. 8/5 für das Gebiet "Zwischen Entenseestraße, am Waldfriedhof und Eichenstraße"
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplanes Nr.8/5 für das Gebiet „Zwischen Entenseestraße, Am Waldfriedhof und Eichenstraße“ wird zur Kenntnis genommen.

Belange oder Planungen der Stadt Lauf a.d.Pegnitz werden von der Änderung nicht berührt. Einwendungen werden nicht erhoben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

14 Gemeinde Rückersdorf - 3. Änderung Flächennutzungsplan und vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8/4 für das Gebiet "Gewerbefläche Frankenstraße"; frühzeitige Beteiligungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 8/4 für das Gebiet „Gewerbefläche Frankenstraße“ der Gemeinde Rückersdorf sowie die diesbezügliche Änderung des Flächennutzungsplanes werden zur Kenntnis genommen. Belange oder Planungen der Stadt Lauf a.d.Pegnitz werden nicht berührt. Einwendungen werden nicht erhoben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

**15 Generalsanierung Kunigundenschule
Schließanlage
- Auftragsvergabe**

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Auftrag für digitale Schließanlage wird auf der Grundlage des Angebots vom 24.05.2016 an die Firma

M.N.O. Stühler GmbH & Co. KG, Andernacher Str. 6A, 90411 Nürnberg

zum Angebotspreis von **96.900,97 € (brutto)** vergeben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

**16 Ortsdurchfahrt Neunhof mit Querungshilfe
-Auftragsvergabe**

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

1. Die Kostenentwicklung auf der HhSt. 1.6310.9510 wird zur Kenntnis genommen. Die Deckung der Mittel erfolgt als überplanmäßige Ausgabe. Der zusätzliche Mittelbedarf in Höhe von 51.000,00 € ist durch die zu erwartenden Einnahmen aus Fördermitteln in Höhe von rd. 250.000,00 € finanziert.

2. Der Auftrag für die OD Neunhof und für die Querungshilfe wird auf der Grundlage des Angebots vom **30.05.2016** an die Firma

**Alfred Arbogast Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Katharinenfriedhofstraße 48,
92224 Amberg**

zum Angebotspreis von **447.542,83 € (brutto)** vergeben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

17 Gemeindeverbindungsstraße Lauf - Ottensooos Deckensanierung; - Auftragsvergabe

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Auftrag für die Deckensanierung der GVS Lauf – Ottensooos wird auf der Grundlage des Angebots vom 25.05.2016 an die Firma

Rädlinger Straßen- und Tiefbau GmbH, Stegenwaldhauser Str. 3, 95152 Selbitz

zum Angebotspreis von **162.615,10 € (brutto)** vergeben.

Abstimmung:

Ja: 14 Nein: 0

18 Pflaster Wasserbrücke - Sachstandsbericht

Herr Hammerlindl informiert ausführlich über den aktuellen Sachstand zum Thema Instandsetzungsarbeiten des Pflasters auf der Wasserbrücke. Im Rahmen der Umstufung von verschiedenen Straßen im Stadtgebiet- u.a. wurde die St 2240 (Altdorfer Straße) in Lauf zur Ortsdurchfahrt abgestuft- verpflichtete sich das Staatliche Bauamt auch zur Instandsetzung der Wasserbrücke. Die Stadt wollte nur ein absolut mangelfreies Bauwerk übernehmen. In § 5 der Umstufungsvereinbarung ist geregelt:

„Der Freistaat Bayern wird eine Schlussinstandsetzung der Wasserbrücke durchführen. Damit werden für dieses Bauwerk einwandfreie statische Verhältnisse nachgewiesen und ein ordnungsgemäßer baulicher Zustand der gesamten Brücke hergestellt.“

Das Staatliche Bauamt hat als damaliger Auftraggeber deswegen in den Jahren 2005 und 2006 die Wasserbrücke inklusive Belag erneuern lassen. Die Kosten wurden so verteilt, dass die Straßenbauverwaltung die Kosten für die Instandsetzung der Fahrbahn und die Wiederherstellung der beidseitigen Gehwege jeweils in der bisherigen Beschaffenheit trägt. Die Stadt hat die Mehrkosten sowohl für eine breitere Ausführung der Gehwege als auch für die Befestigung der Gehwege mit einem Pflasterbelag übernommen.

Nach Abschluss der Arbeiten traten Risse im Belag und an den Widerlagern auf; die ersten Mängelbeseitigungsversuche der Baufirma führten leider zu keinem dauerhaften Erfolg. Da über Ursachen, Umfang und Bedeutung der vorliegenden Mängel unterschiedliche Auffas-

sungen seitens aller Beteiligten vertreten werden, wurde vom Staatlichen Bauamt ein gerichtliches „selbstständiges Beweisverfahren“ beim Landgericht Nürnberg- Fürth in die Wege geleitet (Information im Bauausschuss am 31.5.2011). Dieses Verfahren dauerte sehr lange an, da die Einholung der erforderlichen Gutachten doch einige Zeit in Anspruch genommen hat. Zuletzt fand am 11.4.2016 am Landgericht Nürnberg- Fürth eine Anhörung des Sachverständigen statt.

Der Sachverständige sieht vier gleichrangige Schadensursachen:

1. Wiederverwendung von gebrauchten Pflastersteinen und damit keine Haftzugspannung zwischen Pflasterstein und Mörtel
2. Keine Haftbrücke an der Unterseite der Pflastersteine
3. Sehr unterschiedliche Steinabmessungen
4. Bettungsmörtel als Drainagebetontragschicht mit zu geringer Festigkeit und örtlich ohne Bindemittel mit losen Einzelkörnern.

Um wieder eine dauerhafte Pflasterfläche herzustellen, muss das gesamte Pflaster inklusive Bettungsmörtel ausgebaut und neu verlegt werden. Der Sachverständige empfiehlt dabei ausdrücklich die Verwendung von neuem, frisch gespaltenem Pflaster, da mit dem vorhandenen Pflaster kein auf Dauer festhaltender Belag hergestellt werden könne.

Nach der o.g. Anhörung fand noch ein kurzes Gespräch mit den Vertretern des Staatlichen Bauamts und den Vertretern der Stadt Lauf statt. Von Seiten des Bauamts wurde dabei darauf hingewiesen, dass das Straßenbauamt sicherlich eine von Sachmängeln freie Übergabe der Brücke schuldet. Man ist so verblieben, dass die Gespräche zur gütlichen Einigung zwischen der Stadt und dem Straßenbauamt aufrecht erhalten bleiben und konkret fortgeführt werden, sobald sich anzeigt, ob eine Verständigung zwischen dem Staatlichen Bauamt und der Baufirma möglich ist. Außerdem wurde vereinbart, dass zur Sanierung neues, frisch gebrochenes Pflaster verwendet werden soll.

Eine dann zu erzielende Einigung wird, falls erforderlich, nochmals dem BUS zur Zustimmung vorgelegt.

Der Sachstandsbericht dient der zur Information.

Herr Stadtrat Tiedtke führt an, dass ihm als Fußgänger die Mängel noch nicht aufgefallen seien.

Herr Hammerlindl erklärt hierzu, dass sich die Schäden im Fahrbahnbereich befinden.

Herr Stadtrat Pohl hat die Befürchtung, dass durch die lange zeitliche Verzögerung noch mehr Schäden entstehen könnten.

Herr Hammerlindl antwortet, dass sowieso das komplette Pflaster ausgebaut werden müsse.

Herr Stadtrat Ittner macht den Vorschlag, ob man die Mängelbeseitigung nicht durch eine andere Firma ausführen lassen könne, da die bisherige Baufirma die Schäden ja verursacht habe.

Herr Hammerlindl macht darauf aufmerksam, dass dies durch das staatliche Bauamt geklärt werden müsse.

Herr Stadtrat Mayer beklagt, dass die ansässigen Geschäfte wieder Umsatzeinbußen durch die komplette Sperrung der Brücke hätten. Gäbe es die Möglichkeit von Schadensersatzleistungen.

Frau Nürnberger erklärt, dass sie grundsätzlich keine Möglichkeiten für Schadensersatzleistungen sieht. Die Stadt habe eine Ablösezahlung abgelehnt, denn man bestehe weiterhin auf

eine Abwicklung durch das staatliche Bauamt. Jedoch wird die Stadt versuchen bei den Sanierungsarbeiten die Beeinträchtigung so gering wie möglich zu halten.

Abstimmung:

Ende der Sitzung im öffentlichen Teil: 16:23 Uhr

Stadt Lauf a.d. Pegnitz, den 12.07.2016

Stadtverwaltung

Der Vorsitzende

Schriftführer/in

Erster Bürgermeister

Sebald
Verw.Ang.